

**Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion,  
Dierk Timm, zur Verabschiedung des Haushaltes 2017/2018  
in der Sitzung des Kreistages am 30. März 2017**

Sperrfrist: Beginn der Rede

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Der Rhein-Erft-Kreis hat sich seit seiner Entstehung fast vollständig gewandelt. Landwirtschaft, Braunkohletagebau und große chemische Betriebe **stellten** (man beachte die **Vergangenheitsform** –Einschub des Redners) lange Zeit die wirtschaftliche Basis des Kreises dar. Auf der einen Seite wurde hier der Grundstein für eine wirtschaftlich starke Branche gelegt, auf der anderen Seite implizieren Monostrukturen auch ein nicht unerhebliches Risiko für den Standort und fordern deshalb die kommunalen Handlungsträger ständig heraus, den Weg für neue Unternehmen zu ebnen“, so ein Zitat von der Titelseite der Homepage des Rhein-Erft-Kreises.

Sehr geehrter Herr Landrat Kreuzberg,  
ich teile Ihre Einschätzung nicht!

Ich glaube, dass die chemische Industrie und die Energiewirtschaft mit dem Braunkohletagebau immer noch, und auch in den nächsten Jahren das Rückgrat der Wirtschaft im Rhein-Erft-Kreis darstellen. Der Rhein-Erft-Kreis ist ein Energiekreis und wird weiterhin ein Energiekreis bleiben.

Aber, sehr geehrter Herr Kreuzberg, Sie haben Recht:

Wir gemeinsam, als „kommunale Handlungsträger“, sind gefordert. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die vielen Arbeitsplätze, die in der Energiewirtschaft in den nächsten Jahren unweigerlich wegfallen werden, durch andere gute Arbeitsplätze hier im Kreis ersetzt werden - dass zusätzliche Arbeitsplätze hier in der Region geschaffen werden. Auch werden sich die Beschäftigungsverhältnisse **im** Energiebereich wandeln. Es werden weniger Arbeitsplätze im Bereich der Braunkohle sein und dafür werden mehr Arbeitsplätze im Bereich der regenerativen Energien oder bei virtuellen Kraftwerken in der IT entstehen.

Die SPD fordert Sie, Herr Landrat, auf, hier eine gestaltende Rolle einzunehmen. Wir nehmen Sie zum Beispiel bei der Innovationsregion Rheinisches Revier nicht als Gestalter war, sondern als einen Landrat auf dem Zuschauersofa.

Lassen Sie uns die Potentiale dieser Region nutzen und mit der IRR gemeinsam Zukunftsprojekte voranbringen. Lassen Sie uns gemeinsam Themen wie die stoffliche Nutzung der Kohle oder den Bau einer neuen Stadt in der Diskussion voranbringen. Aber genauso

sollten wir zusammen mit der WfG endlich ein brauchbares Gewerbeflächenkonzept oder den flächendeckenden Ausbau des schnellen Internets voranbringen.

Was macht eigentlich der Breitbandkoordinator bei der WfG, den der Kreistag vor über einem halben Jahr beschlossen hat? Hat er seine Arbeit schon aufgenommen?

Gibt es erste Erfolge?

Ein weiteres Thema, wo wir eine gestaltende, moderierende, vorantreibende Kraft beim Kreis vermissen, ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Der Rhein-Erft-Kreis ist der am stärksten wachsende Kreis in NRW. Plus 8,3% in den nächsten 15 Jahren. Das heißt etwa 37.000 Menschen kommen neu in den REK. Also ungefähr die Größe der Stadt Wesseling. Und das zusätzlich. Hier muss der Kreis aktiv werden. Bisher hören wir nur: Der Kreis ist nicht zuständig - obwohl er doch ein Wohnungsamt hat und die Mittel für den öffentlichen Wohnungsbau verteilt.

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen: Werden Sie endlich aktiv. Bezahlbare Wohnungen fehlen doch heute schon. Handeln statt Aussitzen ist hier gefragt!

Froh sind wir auf Seiten der SPD, dass die Mehrheitsfraktionen jetzt endlich die Intention unserer jährlichen Anträge -seit gefühlt 10 Jahren- zur Verbesserung der Infrastruktur, zum Erhalt von Straßen, Brücken und Radwegen aufgegriffen haben und die Mittel hierfür

deutlich erhöht haben. Wie haben jahrelang gefordert, die Mittel für Erneuerung und Instandhaltung an die Abschreibungen anzupassen. Sie haben das jahrelang abgelehnt und behauptet, das sei Unsinn und unsere Kreisstraßen seien in exzellentem Zustand. Gut, dass Sie hier endlich unsere Position aufnehmen.

Aber das reicht bei weitem nicht aus. Unsere komplette Infrastruktur ist auf Kante genäht. Wir sehen das jeden Tag auf den Straßen und auch auf den Schienen im Kreis. Wir brauchen die neue Rheinbrücke in Wesseling. Wir müssen die Häfen ausbauen - auch in Godorf. Und wir müssen die Schiene stärken. Deshalb haben Guido van den Berg und ich schon vor acht Jahren ein S-Bahn-Konzept für den Kreis vorgelegt, das jetzt Stück für Stück, beginnend mit der Erft-S-Bahn und der neuen S-Bahn nach Pulheim, umgesetzt wird.

Genauso müssten wir den Busverkehr stärken und ausbauen. Wir hatten vor zwei Jahren zusätzliche Finanzmittel für mehr Busverkehr im Kreis beantragt. Stattdessen gefährden Sie, lieber Kollege Zylajew, mit Ihrer unverantwortlichen Politik die Arbeitsplätze der Busfahrer, die für die REVG bei der RVK und den vielen mittelständischen Subunternehmen hier im Kreis fahren. Wenn es nach der SPD gegangen wäre, hätten wir schon lange eine Direktvergabe an die RVK zu günstigen Preisen beschlossen und so den Bestand von über 500 Arbeitsplätzen im Busfahrerbereich gesichert.

Auch bei der Infrastruktur in unseren Schulen hätten wir gerne mehr gemacht. Das Land gibt mit seinem Programm "Gute Schule 2020"

hierfür auch dankenswerterweise die notwendigen Geldmittel. Aber anstatt das Geld vollständig in die Verbesserung der Schulen zu stecken, sollen die Mittel teilweise in den Ankauf einer Grundstücksfläche für das Berufskolleg hier in Bergheim gesteckt werden. Das entspricht nicht dem Geist der Landesförderung und wird von uns abgelehnt. Die Sanierung von Klassenräumen oder uralten Toilettenanlagen, die Digitalisierung von Schulen oder die Schaffung von modernen Lernräumen, das hat für uns Priorität, nicht der Ankauf von Grundstücken, der im Übrigen schon lange vor Auflegung des Landesprogramms hier im Kreistag beschlossen worden ist.

Auch bei der Schaffung einer zukunftsfesten Förderschullandschaft stiehlt sich der Landrat aus der Verantwortung. Anstatt alle Schulen in die Kreisträgerschaft zu übernehmen und damit die Städte auch gleich zu behandeln, schieben Sie die Verantwortung an die Städte ab. Das wird den Städten aber vor allem nicht den Schülerinnen und Schülern gerecht, die die bestmöglich schulische Bildung erwarten können.

Das waren wichtige Politikfelder, in denen wir deutliche Defizite sehen. Aber wir haben bei diesen Haushaltsberatungen auch gesehen, dass die Mehrheitsfraktionen gewillt waren, sich inhaltlich mit den SPD-Anträgen auseinander zu setzen. Das war in den letzten Jahren leider nicht immer der Fall. Und es war jetzt auch nicht in allen Ausschüssen gleich. Während der Verkehrsausschuss alle Anträge gut zusammengefasst hat und dann zu einstimmigen Ergebnissen gekommen ist, sah es z.B. im Gesundheitsausschuss völlig anders

aus. Die SPD-Anträge wurden mit den Stimmen der Mehrheitsfraktionen von der Tagesordnung abgesetzt und die CDU-Anträge anschließend beschlossen. Das ist keine faire Vorgehensweise. So etwas schadet unserer Demokratie.

Und etwas anderes war auffallend neu bei diesen Haushaltsberatungen. Die CDU ist anscheinend unzufrieden mit ihrem Landrat: Anders ist doch nicht zu erklären, dass die Anzahl der Änderungsanträge der CDU sich explosionsartig vermehrt hat im Vergleich zur letzten HH-Beratung unter Landrat Stump. Waren es vor vier Jahren nur sieben Anträge, so waren es jetzt 24 Anträge.

Auch das Volumen der Änderungen ist explodiert. 2013 hat die CDU nur 140 T€ oben drauf gepackt. Dieses Mal haben die Änderungsanträge ein Finanzvolumen von 6,8 Mio. € - nur in 2017, 2018 haben wir dabei gar nicht berücksichtigt.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, sie haben von der SPD gelernt. Nur wer investiert, in Schulen, in Straßen und Radwege, in digitale Infrastruktur, kann den Wohlstand in der Region sichern. Eine schwarze Null oder ein schuldenfreier Kreis -den wir ja nie wirklich hatten- schafft keinen einzigen Arbeitsplatz!

Und Sie haben auch in vielen anderen, inhaltlichen Punkten von der SPD gelernt:

Denn in diesen HH-Beratungen gab es drei unterschiedliche Arten von Anträgen:

Erstens: SPD-Anträge, die bei der Mehrheit von CDU, Grünen und FDP auf Zustimmung gestoßen sind:

Zum Beispiel ein Antrag, mit den Schulen einen Wettbewerb zu 100 Jahre deutsche Demokratie, 1918 - 2018, aufzulegen oder eine Ausschüttung des Landschaftsverbandes Rheinland in Höhe von 15 Mio. € aus einer nicht mehr benötigten Rückstellung sofort an die Städte weiterzugeben.

Ebenso unser Antrag eine vernünftige Pflegeplanung hier im Kreis zu erstellen. Das ist deshalb so wichtig, weil unsere Bevölkerung immer älter wird und somit mehr Plätze in Pflegeheimen benötigt werden. Aber auch, weil zusätzliche Plätze in Altenheimen nötig sind, da Zweibett- in Einbettzimmer umgewandelt werden. Auch gibt es im Kreis keine Einrichtung in der die rund 100 Pflegebedürftigen im Alter zwischen 30 und 50 betreut werden. Sie müssen heute mit Hochbetagten zusammen in Pflegeheimen untergebracht werden. Das muss sich ändern und deshalb sind wir froh, dass wir das Geld für eine vernünftige Pflegeplanung gemeinsam beschlossen haben.

Daneben gibt es eine zweite Art von Anträgen, die beschlossen worden sind. Nämlich alte Anträge der SPD. Nur das diese jetzt auf dem Briefbogen der CDU auftauchen. Gut das es heute Computer mit der copy & paste - Funktion gibt!

Ich nenne nur ein paar Beispiele: Wir haben jahrelang gefordert die Infrastruktur nicht verrotten zu lassen. Wir wollten jahrelang

zusätzliches Geld für den Unterhalt von Straßen, Brücken und Radwegen. Zielgröße war immer: Wir wollen in Höhe der Abschreibungen investieren. Nur so kann langfristig das Vermögen erhalten werden. Jahrelang abgelehnt - jetzt als CDU-Antrag einstimmig beschlossen.

Wir haben jahrelang die Finanzierung von Schulsozialarbeitern gefordert. Immer abgelehnt mit dem Hinweis, das ist keine Kreis Aufgabe. Jetzt haben wir es einstimmig beschlossen. Und das ist gut so. Aber ich sage auch: Bund und Land muss da auch seinen Beitrag leisten.

Drittes Beispiel: Schon im Sommer letzten Jahres haben wir gefordert und beantragt, die Kreisumlage zu senken und so die Städte im REK deutlich zu entlasten. Wir hatten vorgeschlagen, den Betrag auf 250 Mio. € zu senken. Großes Geschrei bei der CDU: Nicht finanzierbar, unmöglich, geht gar nicht. Antrag im letzten Sommer im Kreistag abgelehnt. Jetzt -copy & paste lässt grüßen-, haben wir einstimmig beschlossen die Kreisumlage auf 40,5 % und damit auf 255 Mio. € zu senken. Wir hatten nochmals die Senkung auf 250 Mio. €, mithin 39,82 %, beantragt. Das wäre auch möglich gewesen, denn der Kreis erhält ungeplant rund 2 Mio. € mehr Ausschüttung von der Kreissparkasse Köln und die Kolleginnen und Kollegen in der Landschaftsversammlung haben die Umlage gesenkt, so dass der Kreis rund 4 Mio. € weniger zahlen muss. Und die Haushaltsjahre 2015 und 2016 enden wahrscheinlich auch mit einem Überschuss. Da wäre also Spielraum gewesen die Städte deutlicher zu entlasten.



Die dritte Art von Anträgen waren die SPD-Anträge, die die Mehrheitsfraktionen jetzt abgelehnt haben. Aber seien sie sicher: In den nächsten Monaten oder Jahren werden sie von den Anträgen wieder hören: Sie sind dann mit dem Briefkopf der CDU versehen, aber der Inhalt ist derselbe. Einige Beispiele, die Sie sich merken sollten, um meine These zu prüfen:

In der Gesundheitskonferenz ist deutlich geworden, dass es erhebliche Defizite bei der Zahngesundheit von Kindern und Jugendlichen gibt. Hier sollte es nach unserer Vorstellung ein weiteres -fünftes- Präventionsteam für Zahngesundheit geben.

Ebenso wollten wir die Schulen und Kitas mit der Einrichtung einer Stelle für eine Ernährungsberaterin unterstützen. Zwar gibt es gute Erfolge durch das von der Landesregierung eingerichtete Schulobstprogramm, aber jedes 10te Kind ist schon bei der Einschulung übergewichtig oder fettleibig - Tendenz steigend. Wir meinen, hier investiertes Geld ist gut in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen investiert.

Nach einer Studie des Kreises können fast 20% der Kinder am Ende der Grundschulzeit nicht schwimmen. Auch hier Tendenz steigend. Meist liegt es nicht an fehlenden Wasserflächen, sondern an fehlenden Schwimmlehrern. Hier wollten wir zusammen mit dem Kreissportbund einen Pool an Schwimmlehrern und Übungsleitern aufbauen um die Schulen zu unterstützen. Leider von der CDU jetzt

abgelehnt. Auch hier wären die beantragten 3000 € gut in die Zukunft unserer Kinder investiertes Geld, meine ich!

4. Beispiel: Soziale Standards, keine Schwarzarbeit und ein fairer Wettbewerb für Unternehmen müssen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen selbstverständlich sein. Die Kreisverwaltung prüft dies natürlich bei jedem vergebenen Auftrag - aber leider nur vom Schreibtisch aus. Wir wollten -ähnlich wie in der Stadt Köln- einen Mitarbeiter einstellen, der die Arbeiten vor Ort überprüft. Diese Stelle hätte sich nicht nur refinanziert, sondern auch den Wettbewerb gestärkt und die Arbeitsqualität verbessert. Jetzt von der CDU abgelehnt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Thema ansprechen, das der SPD auch auf den Nägeln brennt:

Wir haben diverse Kreisgesellschaften, die wir mit viel Steuergeld bezuschussen. Wir haben gerade auch nochmal fast 900 T€ zusätzlich für die WfG beschlossen. Die Ideen aus der Zukunftsstudie REload sollen umgesetzt werden. Das ist richtig und gut. Aber wir wollen auch für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises nachvollziehbare Erfolge sehen. Und damit meine ich nicht Hochglanzbroschüren oder Veranstaltungen auf den sie sich gegenseitig beweihräuchern. Nein, es müssen tatsächliche Verbesserungen für die Bürger erreicht werden. Schnelles Internet in allen Dörfern oder neue Gewerbeflächen oder neue Qualifizierungsmöglichkeiten. Dann sind wir auch bereit, weiterhin

Geld in die WfG zu investieren - aber nicht für irgendwelche Lustreisen nach Berlin.

Dasselbe gilt auch für das EkoZet. Keine Selbstbeschäftigung, sondern Zusatznutzen für Bürger und Betriebe im Kreis.

Und das wir für den Tourismusverein nicht nur die bisherigen 128.000 € zahlen, die ja mal vor langen Jahren als Anschubfinanzierung gedacht waren, sondern jetzt nochmal fast 50.000 € draufpacken ist für uns nicht nachvollziehbar. Deshalb haben wir auch dagegen gestimmt. Und das diese 50.000 € als geheime Kommandosache, ohne Vorlage, sondern nur im Veränderungsnachweis aufgetaucht sind, ist ein Skandal. Keine Vorlage vom Landrat zur Satzungsänderung - keine Info der Fraktionen. Ich weiß auch nicht, Herr Landrat, ob die Städte diese Form der Zwangsbeglückung tatsächlich schätzen. Denn der Kreis will jetzt die Beiträge der Städte übernehmen. Die, die eigentlich von der Arbeit des Vereins profitieren soll, die Wirtschaft, zahlt nur minimale Beiträge.

Im weitesten Sinne gehört auch das Jobcenter zu den Kreisgesellschaften: Und auch hier ist einiges im Argen: Wir müssen endlich aus dem Jobcenter und den extra für Flüchtlinge eingerichteten Integration Points leistungsstarke Servicecenter für die Menschen machen. Wir brauchen dort eine gute und wertschätzende Mitarbeiterführung. Denn nur so schaffen wir auch die Voraussetzungen, dass die arbeitssuchenden Menschen gut beraten, qualifiziert und in sichere und ordentlich bezahlte Jobs vermittelt werden. Das ist mir und uns Sozialdemokraten wichtig!

Zusammenfassend kann ich sagen: Wir haben immer noch große Baustellen hier im Kreis, bei vielen Themen sind wir dabei die SPD-Anträge der letzten Jahre zu beschließen und haben trotzdem noch einige vor uns.

Die SPD kann dem Haushalt deshalb noch nicht zustimmen.

Herzlichen Dank und Glück auf!